



## Protokoll

**32. Sitzung des Gemeinderates**  
**Montag, 15. April 2013, 19.00 Uhr,**  
**Gemeinderatssaal, Stadthaus**

## TRAKTANDEN

- 1 Mitteilungen
- 2 Protokollabnahme
- 3 Konstituierung für das Amtsjahr 2013/2014  
Wahl der Stimmenzähler  
Wahl des Präsidiums  
Wahl des 1. Vizepräsidiums  
Wahl des 2. Vizepräsidiums
- 4 Ersatzwahl für die restliche Amtsdauer 2010/2014  
Ersatzwahl für den ausgetretenen Ivo Koller in die Rechnungsprüfungskommission  
Ersatzwahl für den ausgetretenen Thomas Kürsteiner in die Kommission KPB  
Ersatzwahl für den ausgetretenen Ruedi Gysi in die Kommission KBK  
Ersatzwahl für den ausgetretenen Ivo Koller in die Kommission KSG
- 5 Leistungsmotion 570 von Julia Amherd betreffend «Frühförderung»
- 6 Bericht und Antrag des Stadtrates auf das Postulat 545 von Simone Michel und Ursula Räuftlin betreffend «Konkrete Schritte und Massnahmen zum Artikel 1 der Gemeindeordnung der Stadt Uster, Nachhaltigkeitsartikel»
- 7 Antrag des Stadtrates betreffend Privater Gestaltungsplan «Lenzlinger-Areal», Niederuster (Antrag Nr. 158/2013)

- 8 Motion 571 von Ivo Koller, Lucia Thaler, Seyhan Kâhya, Ursula Räuftlin, Walter Meier und Wolfgang Harder betreffend «Einführung Jugendmotion»
- 9 Einzelinitiative von Thomas Eschler betreffend «Unterstellung der Stadt Uster dem kantonalen Ombudsmann»

## Präsenz

Vorsitz	Walter Strucken, Präsident (bis Traktandum 3.2) Gabi Seiler, Präsidentin (ab Traktandum 3.3)
Protokoll	Catherine Wenzel, Parlamentssekretärin Monika Füllemann, Parlamentssekretärin-Stv.
Anwesend	34 Ratsmitglieder (inkl. Präsident)
Stadtrat	Martin Bornhauser, Stadtpräsident Werner Egli, Abteilungsvorsteher Finanzen Thomas Kübler, Abteilungsvorsteher Bau Barbara Thalmann Stammbach, Abteilungsvorsteherin Soziales Hans Streit, Abteilungsvorsteher Sicherheit Esther Rickenbacher, Abteilungsvorsteherin Gesundheit Hansjörg Baumberger, Stadtschreiber
Entschuldigt	Wolfgang Harder Raoul Stöckle Sabine Wettstein-Studer, Abteilungsvorsteherin Bildung
Unentschuldigt	
Presse	Christian Brütsch, AvU Eduard Gautschi, TA

Als neue Mitglieder des Gemeinderates begrüsst der Vorsitzende Marco Järmann, Roger Jordan und Silvio Foiera, die heute ihre erste Sitzung haben. Er wünscht ihnen für ihr Wirken in diesem Rat alles Gute und viele bereichernde Erfahrungen und viel Sitzleder.

Es erfolgt der Namensaufruf durch die Parlamentssekretärin.

## Änderung Traktandenliste/Tagesordnung

Es wird keine Änderung der Traktandenliste verlangt.

## **Persönliche Erklärungen:**

### **Werner Kessler**

*Persönliche Erklärung zum Verwaltungsgerichtsentscheid v. 13. 4. 2013*

*Werte Kolleginnen und Kollegen  
Damen und Herren.*

*Mit grosser Genugtuung nahm ich am späten Samstagabend den Entscheid des Verwaltungsgerichts über die Zurückweisung der Baubewilligung für die La Boite Rostlaube auf der Surferwiese zur Kenntnis.*

*Nach der Revision des Gewässerschutzgesetzes war ich überzeugt, dass das Verwaltungsgericht diese Auflagen höher gewichtet, was dann wohl auch für die Rückweisung ausschlaggebend war.*

*Dass das Baurekursgericht im August 2012 den Rekurs des Umweltverbandes Aqua viva – Rheinaubund gegen die Baubewilligung auf der Surferwiese abgelehnt hatte, war schon völlig unverständlich.*

*Das Verwaltungsgericht hält in der Rückweisung fest, dass ein anderer Standort gesucht werden könne. Es erwähnt die die nur 50m entfernt auch im Gewässerraum liegende Schifflande Niederuster, dieser Standort wird derzeit vom Stadtrat als Möglichkeit abgeklärt.*

*So und nun sind wir bei der Busschlaufe angekommen, die dem Souverän am 9. Juni in der Volksabstimmung die Möglichkeit gibt, seinen Willen kund zu tun, was an dieser Schifflande schlussendlich zu stehen kommt, die La Boite Rostlaube oder ein schönes Seerestaurant mit einer grossen Terrasse. Für diese Möglichkeit habe ich lange gekämpft. Nach diesem Entscheid des Verwaltungsgerichts hab ich zusätzlichen Schub für die Abstimmung erhalten.*

*Das Verwaltungsgericht hat sich bei der Urteilsfindung auch mit der Frage auseinandergesetzt, ob ein Hochwasser, das statistisch nur alle 100 Jahre vorkommt, noch als regelmässig wiederkehrend betrachtet werden kann.*

*Dem halte ich entgegen, dass wir in den letzten 22 Jahren am Greifensee 2 x Hochwasser bis zum Uferweg hatten.*

*Für mich stand immer ausser Frage, dass mit dem verschärften Gewässer-schutzgesetz eine Baubewilligung auf der Surferwiese abgelehnt werden muss.*

## **1 Mitteilungen**

Keine Mitteilungen.

## **2 Protokollabnahme**

Das Protokoll der 31. Sitzung des Gemeinderates vom 18. März 2013 ist rechtzeitig aufgelegt. Beanstandungen sind keine eingegangen. Das Protokoll gilt im Sinne von Art. 53 Abs. 4 i.V.m. Art. 67 Abs. 4 der Geschäftsordnung als genehmigt.

### 3 Konstituierung für das Amtsjahr 2013/2014

#### Wahl der Stimmzähler

Der Präsident informiert, dass gemäss Artikel 4 der Geschäftsordnung des Gemeinderates die Stimmzähler jedes Jahr zu wählen bzw. zu bestätigen sind.

Der Präsident der IFK, Rolf Denzler, schlägt als Stimmzähler Bruno Modolo, Marianne Siegrist und Claudia Wyssen vor.

Der Vorsitzende schlägt vor, diese in globo abzustimmen. Die Ratsmitglieder sind mit diesem Vorgehen einverstanden.

#### **Abstimmung:**

**Der Gemeinderat beschliesst mit 30 Stimmen**

**Als Stimmzähler für das Amtsjahr 2013/2014 werden Claudia Wyssen, Bruno Modolo und Marianne Siegrist gewählt.**

Der abtretende Gemeinderatspräsident Walter Strucken blickt in seiner Rede auf das vergangene Jahr zurück.

*Als nächstes erfolgt die Wahl für meine Nachfolge ins Präsidium des Gemeinderates. Es ist der Brauch, dass der scheidende GR-Präsident noch ein paar Worte zum vergangenen Ratsjahr sagt und das will ich jetzt gerne tun.*

*Ich denke es war ein spannendes Jahr mit vielen für Uster sehr wichtigen Geschäften. Denken wir nur an die klare **Zustimmung zur Testplanung im Zeughaus**. Das Resultat konnten wir in diesen Tagen kennenlernen.*

*Der Vertrag mit Mönchaltorf zur **Zusammenarbeit in der Spitex** war auch ein wichtiger Meilenstein.*

*Stark beschäftigt hat uns auch der Projektierungskredit für die **Sanierung und Erweiterung des Hallenbads**.*

*Dann standen **Private Gestaltungspläne** zur Behandlung an. Die ersten beiden, nämlich **Kern Süd** und **Haufland** sind inzwischen vom GR gutgeheissen worden und heute ist derjenige vom Lenzlinger-Areal an der Reihe.*

*Ich habe diese Aufgabe gerne gemacht und bin froh, dass alles gut gegangen ist. Allen, die zum guten Gelingen beitragen haben danke ich ganz herzlich. Ich denke da an Gabi Seiler, welche mich stets präsent unterstützt hat. Aber auch der gesamten Geschäftsleitung danke ich fürs aktive Mitdenken und das jeweils rasch reagieren, wenn ich per Mail um ihre Meinung bat. Den beiden Parlamentssekretärinnen Catherine Wenzel und Monika Füllemann, welche mich jederzeit kompetent unterstützt haben. Auch aus der Fraktion erhielt ich eine gute Unterstützung. Ich danke für die Aufmerksamkeit.*

### **Wahl des Präsidiums**

Rolf Denzler schlägt namens der IFK Gabriela Seiler (SVP) zur Wahl vor. Der Vorschlag wird nicht vermehrt.

Gemäss Art. 36, Ziff. 1, Abs. 2 der Geschäftsordnung des Gemeinderates erfolgt die Wahl geheim.

### **Ergebnis der Wahl**

Ausgeteilte Stimmzettel	34
Absolutes Mehr	16
Ungültige Stimmen	0
Leere Stimmzettel	3
Vereinzelte Stimmen	0

**Als Präsidentin für das Amtsjahr 2013/2014 ist mit 31 Stimmen gewählt:**

**Gabriela Seiler (SVP)**

Im Anschluss an den Wahlgang übernimmt die neu gewählte Präsidentin die Leitung der Sitzung.

### ***Rede der antretenden Gemeinderatspräsidentin***

*Liebe Ratskolleginnen und Kollegen  
Geschätzte Anwesende*

*Herzlichen Dank für das gute Wahlergebnis. Ich bilde mir jetzt einfach mal ein, dass sie für mich gestimmt haben, weil sie mir diese Aufgabe zutrauen und nicht nur mangels Alternativen, weil es halt einfach jemand machen muss oder gar einfach, damit unserer Fraktion jetzt für ein Jahr eine Stimme fehlt.*

*Meiner Fraktion danke ich selbstverständlich, dass sie mich für das Amt überhaupt nominiert haben. Als wir im Januar 1995 von Dübendorf nach Uster gezogen bin, habe ich wohl für Politik interessiert, aber ich habe damals eher zur Gruppe „was die wieder für än Seich entschiede händ“ oder „die mached ja sowieso was wänd“ gehört. Der Gedanke an einem Parteibeitritt oder gar ein öffentliches Amt zu übernehmen war ganz ganz weit weg.*

*Ich muss heute und jetzt gestehen, dass es schon ein besonderes Gefühl ist für ein Jahr die „höchste Ustermerin“ zu sein und ein wenig Herzklopfen ist auf jeden Fall dabei. Aber ich freue mich wirklich diesen Rat für ein Jahr zu präsidieren.*

*Den zusätzlichen Aufwand blende ich jetzt erst einmal aus. Mein privater Gestaltungsplan wird wohl für die nächsten Monate einige Änderungen erfahren, ich bin mir aber bewusst, dass dies für Uster nicht ganz so wichtig ist wie der Gestaltungsplan den wir unter dem Traktandum 7 behandeln werden.*

*Wir sind knapp ein Jahr vor den Wahlen, was aus Erfahrung eher mehr als weniger Vorstösse aus dem Rat mit sich bringt. Ich bin mir aber fast sicher, dass der damit verbundene Mehraufwand vor allem die Damen und Herren der Presse trifft. Wir könnten ja heute in einem Jahr ein gemeinsames Résumé ziehen.*

*Für „mein“ Präsidialjahr wünsche ich mir, dass die politischen Auseinandersetzungen auf einer möglichst sachlichen und wo angebracht sicher auch emotionalen, aber nicht persönlicher Ebene geführt werden können. Dass im Gemeinderat selten alle einer Meinung ist klar, man kann seinem Missfallen über Votes von der „anderen“ Seite auf verschiedene Art und Weise Ausdruck verleihen. Aber auch Niederlagen, wenn es denn überhaupt solche sind, gehören zum Leben. Ich zähle auf einen fairen Schlagabtausch !!*

*Ich werde wohl kaum als die Gemeinderätin mit den längsten Referat in die Geschichte eingehen. Aufgrund der reich bestückten Traktandenliste schlage ich Ihnen jetzt daher vor, dass wir mit der*

*ordentlichen Sitzung fortfahren. Wir werden ja sicher nach der Gemeinderatssitzung Gelegenheit haben für den einen oder anderen Gedankenaustausch.  
Besten Dank für Ihre Aufmerksamkeit.*

### **Wahl des 1. Vizepräsidiums**

Rolf Denzler schlägt namens der IFK Walter Meier (EVP) zur Wahl vor. Der Vorschlag wird nicht vermehrt.

Gemäss Art. 36, Ziff. 1, Abs. 2 der Geschäftsordnung des Gemeinderates erfolgt die Wahl geheim.

#### **Ergebnis der Wahl**

Ausgeteilte Stimmzettel	34
Absolutes Mehr	15
Ungültige Stimmen	0
Leere Stimmzettel	5
Vereinzelte Stimmen	0

**Als 1. Vizepräsident für das Amtsjahr 2013/2014 ist mit 29 Stimmen gewählt:**

**Walter Meier (EVP).**

### **Wahl des 2. Vizepräsidiums**

Rolf Denzler schlägt namens der IFK Thomas Wüthrich (Grüne) zur Wahl vor. Der Vorschlag wird nicht vermehrt.

Gemäss Art. 36, Ziff. 1, Abs. 2 der Geschäftsordnung des Gemeinderates erfolgt die Wahl geheim.

#### **Ergebnis der Wahl**

Ausgeteilte Stimmzettel	34
Absolutes Mehr	16
Ungültige Stimmen	0
Leere Stimmzettel	4
Vereinzelte Stimmen	0

**Als 2. Vizepräsident für das Amtsjahr 2013/2014 ist mit 30 Stimmen gewählt:**

**Thomas Wüthrich (Grüne).**

#### **4 Ersatzwahl für die restliche Amtsdauer 2010/2014**

##### **Ersatzwahl für den ausgetretenen Ivo Koller in die Rechnungsprüfungskommission**

Der Präsident der IFK, Rolf Denzler, verlautet, dass kein Vorschlag seitens der IFK vorliegt.

**Cla Famos** ergreift das Wort und schlägt Marco Järmann (JFU) als Nachfolger von Ivo Koller vor. Es sei üblich innerhalb einer Amtsperiode, dass keine Änderungen gemacht werden. Marco Järmann sei sehr gut qualifiziert für die RPK. Er hat eine kaufmännische Berufslehre bei der ZKB inkl. Berufsmatura absolviert. Ausserdem war er Trainee bei der ZKB, hat Analysen von Bilanzen und Erfolgsrechnungen gemacht.

**Ursula Räuftlin** ergreift das Wort und schlägt Jürg Gösken (GLP) als Nachfolger von Ivo Koller vor, aufgrund dessen, dass die GLP und die FDP praktisch gleich gross sind, jedoch die GLP-Fraktion mittlerweile 7 Mitglieder, die anderen nur 5 haben, steht uns aus diesem Grunde nun der Sitz zu. Es wurde zudem versprochen, dass der GLP einen Sitz zugesprochen wird, wenn die BRK aufgehoben wird. Jetzt erheben wir diesen Anspruch.

Die Vorsitzende erklärt das Wahlprozedere:

*Es gilt im ersten Wahlgang gemäss den kantonalen Richtlinien das absolute Mehr. Beim zweiten Wahlgang gilt das relative Mehr. In einem allfälligen dritten Wahlgang käme die Losziehung zur Anwendung.*

Erster Wahlgang: 34 Stimmzettel wurden durch den Weibel ausgeteilt, 18 ist das absolute Mehr.

Auf Marco Järmann entfallen 20 Stimmen, auf Jürg Gösken entfallen 11 Stimmen.

##### **Abstimmung:**

**Der Gemeinderat beschliesst**

**mit 20 Stimmen**

**Zum Mitglied der RPK wird Marco Järmann (JFU) gewählt.**

**Ersatzwahl für den ausgetretenen Thomas Kürsteiner in die Kommission KPB**

Der Präsident der IFK, Rolf Denzler, schlägt als Mitglied der KPB Silvio Foiera (JEDU) vor. Der Vorschlag wird nicht vermehrt. Offene Abstimmung.

**Abstimmung:**

**Der Gemeinderat beschliesst**

**mit 32 Stimmen**

**Zum Mitglied der KPB wird Silvio Foiera (JEDU) gewählt.**

**Ersatzwahl für den ausgetretenen Ruedi Gysi in die Kommission KBK**

Der Präsident der IFK, Rolf Denzler, schlägt als Mitglied der KBK Roger Jordan (SVP) vor. Der Vorschlag wird nicht vermehrt.

**Abstimmung:**

**Der Gemeinderat beschliesst**

**mit 32 Stimmen**

**Zum Mitglied der KBK wird Roger Jordan (SVP) gewählt.**

**Ersatzwahl für den ausgetretenen Ivo Koller in die Kommission KSG**

Der Präsident der IFK, Rolf Denzler, schlägt als Mitglied der KSG Marco Järmann (JFU) vor. Der Vorschlag wird nicht vermehrt.

**Abstimmung:**

**Der Gemeinderat beschliesst**

**mit 32 Stimmen**

**Zum Mitglied der KSG wird Marco Järmann (JFU) gewählt.**

## 5 Leistungsmotion 570 von Julia Amherd betreffend «Frühförderung»

Die Motionärin **Julia Amherd** referiert.

### **Referat zur Leistungsmotion: Frühförderung**

*Sehr geehrter Präsident, geschätzte Anwesende*

*Wären wir in Basel, wäre das Deutschlernen vor dem Kindergarten obligatorisch. Dort soll ein Kind im Alter von vier Jahren sich auf Deutsch verständigen können wenn es in den Kindergarten kommt.*

*Hat ein Kind zu Hause keine Möglichkeit, Deutsch zu lernen, muss es spätestens im Jahr vor dem Kindergarteneintritt damit beginnen. Es ist verpflichtet, an zwei halben Tagen pro Woche eine Spielgruppe, ein Tagesheim oder eine Tagesfamilie zu besuchen. So lernt es die Lokalsprache und wird später dem Schulunterricht leichter folgen können.*

*Damit Eltern, auch wenn sie selber kein Deutsch sprechen, die Deutschkenntnisse ihres Kindes genau einschätzen können, haben Fachleute der Universität Basel einen Fragebogen entwickelt. Den Fragebogen gibt es in zehn Sprachen. Das Ausfüllen und Zurücksenden des Fragebogens ist Pflicht. Die Antworten werden von der Universität wissenschaftlich ausgewertet. Die Eltern werden schriftlich über die Resultate und das weitere Vorgehen informiert.*

*Offensichtlich sind die Verantwortlichen der Stadt Basel zum Schluss gekommen, dass sie es sich nicht länger leisten können Kinder einzuschulen, die zu wenig Deutsch sprechen und verstehen. Die Forschung zeigt klar auf, dass sprachliche Frühförderung erfolgreicher ist, wenn damit vor der Einschulung begonnen wird. „Chancengleichheit“ sollte in diesem Zusammenhang mehr als eine leere Worthülse sein.*

*In den letzten Jahren haben einige Schweizer Städte (z. B. Aarau, Biel, Luzern, St. Gallen, Winterthur, Zürich) umfassende Konzepte für die vernetzte frühe Förderung entwickelt und umgesetzt.*

*Winterthur z. B. sieht die Frühförderung ganz klar als städtische Aufgabe weil die Stadt grosses Interesse daran hat durch eine vorausschauende, aktive Integrations- und Entwicklungsförderung der Kleinkinder mögliche spätere Folgen der Desintegration zu verhindern und so Schulen und soziale Auffangsysteme nachhaltig zu entlasten.*

*In Uster gibt es bereits Bestrebungen dem Missstand beizukommen. Die vorhandenen Massnahmen funktionieren aber unabhängig voneinander. Internationale Erfahrungen und wissenschaftliche Erkenntnisse zeigen jedoch klar auf, dass Angebote und Massnahmen im frühkindlichen Bereich erst dann wirksam sind, wenn sie optimal miteinander verbunden und aufeinander abgestimmt sind. Dazu braucht es Koordination und Steuerung.*

*Es braucht folglich den politischen Willen und die politische Absicht damit private und öffentliche Angebote sich zu einem gemeinsamen tragfähigen Netz zugunsten der Kinder und ihrer Familien verbinden.*

*Ich bitte sie um Unterstützung dieser Leistungsmotion-zugunsten unserer Kinder und ihrer Chancen in unserer Gesellschaft!*

*Julia Amherd*

**Stadträtin Barbara Thalmann** führt aus, dass der Stadtrat bereit ist, die Leistungsmotion entgegenzunehmen.

**Claudia Bekier**

*Sehr geehrte Frau Präsidentin, geschätzte Anwesende*

*In ihrer Einleitung begründet die Motionärin die Dringlichkeit ihres Anliegens damit, dass eine frühe Förderung wichtig sei, weil Kinder im Vorschulalter besonders aufnahmefähig seien. Diese Tatsache ist hinlänglich bekannt und wird wohl von niemandem in diesem Raum bezweifelt. Trotzdem wird die SVP/EDU-Fraktion die Leistungsmotion „Frühförderung“ nicht unterstützen. Lassen Sie mich Ihnen die Meinung der Fraktion, aber auch meine persönliche Überzeugung, welche auf einer rund 20-jährigen Lehr-Erfahrung auf der Volksschule basiert, erklären: Wie die Motionärin aufgezeigt hat, gibt es in unserer Gemeinde schon diverse Angebote wie Spielgruppen Plus, Deutschkurse für fremdsprachige Kleinkinder etc., welche zur Frühförderung des Kindes im Vorschulalter beitragen. Daneben gibt der Kanton jährlich rund 70 Millionen für diverse Angebote der Frühförderung aus. Trotzdem ist festzustellen, dass immer wieder Kinder sprachlich ungenügend vorbereitet in den Kindergarten oder in die Schule eintreten. Der Schlüssel zur Bildung ist die Sprache. Doch der Schlüssel zum Erlernen einer Sprache ist der Wille eine Sprache erlernen zu wollen. Wer kein Interesse hat, sich mit der Kultur, den Traditionen und den Menschen in dem Land, in welchem er lebt, auseinanderzusetzen, läuft zweifellos Gefahr, isoliert und benachteiligt zu bleiben. Wie wichtig dieses Interesse zur Integration ist, entnehmen Sie auch dem spannenden Artikel mit dem Titel: „Ich bin jung, ich bin erfolgreich, ich bin Albaner“, welcher bereits vor längerer Zeit im „Tagi-Magi“ erschien. Dieser Bericht porträtiert fünf erfolgreiche junge Menschen mit Migrationshintergrund. Alle Befragten halten einstimmig fest, dass der Hauptgrund ihres Erfolges die Bereitschaft ihrer Familie war, sich zu integrieren. Dass dies leider keine Selbstverständlichkeit ist, sehe ich dann, wenn für Familien, die zehn Jahre und länger in unserer Stadt leben, ein Übersetzer zum Elterngespräch in der Schule aufgeboten werden muss. So bringen denn alle diese Förderungsbemühungen der öffentlichen Hand wenig, wenn sich die betroffenen Menschen nicht von sich aus, in eigenverantwortlicher Art und Weise engagieren. Wenn die fremdsprachige Mutter sich aufrafft und zum Spielplatz geht um mit der Schweizer-Mutter auf dem Spielplatz zu sprechen, wenn ihr Kind mit Einheimischen im Sandkasten Burgen baut, lacht, streitet und kommuniziert, dann kann Sprache wachsen und Verständnis entstehen. Die 279 eingetragenen Vereine und Clubs unserer Gemeinde, welche von A wie „Abenteuerspielplatz Holzwurm“ bis Z wie „Züri-Oberländer Theaterverein“ reichen, bieten ebenfalls glänzende Möglichkeiten für Erwachsene und Kinder, locker, spassvoll und fast kostenneutral die Sprache zu erlernen und Kontakte zu knüpfen. In diesem Sinne fordert unsere Fraktion auf zu Eigeninitiative und Selbstverantwortung und lehnt die Leistungsmotion ab.*

*Uster, den 14.4.2013  
Claudia Bekier*

**Matthias Bickel**

*Sehr geehrte Frau Gemeinderatspräsidentin  
Geschätzte Anwesende*

*Die FDP/JFU-Fraktion wird die Leistungsmotion nicht unterstützen. Es stimmt zwar: Je früher man etwas lernt, desto besser! Und es ist löblich, wenn man sich Sorgen um den Einsatz von Steuergeldern macht. Doch der Antrag kann nicht halten, was er verspricht:*

*1) Wenn Erwachsene in die Schule gehen, dann entscheiden sie sich selber dafür. Bei der Frühförderung geht es aber um Kinder im Vorschulalter, sprich: ihre Eltern entscheiden. Laut Antrag will man sich um die Kinder von soziokritischen Familien kümmern, welche meist auch noch einen Migrationshintergrund mitbringen. Was macht man nun, wenn sich diese Familien wehren und ihre Kleinkinder nicht in ein Förderprogramm geben wollen? Will man die Kinder aus den*

*Familien zerrén? Wohl eher nicht... Es bleibt nur die Suche nach dem freiwilligen Gespräch. Und das ist nicht wirklich ein starkes Instrument.*

*2) Die im Antrag zitierte Lernforschung spricht von Frühförderung. Die gleiche Forschung sagt aber aber auch, dass der Lernerfolg nur in einem wohlwollenden Umfeld gedeihen kann. Und das ist bei unserer Zielgruppe ja gerade das Problem. Und wie man das Problem aber lösen will, das steht nicht im Antrag. Ohne positive Einstellung zu unserem Schulwesen und somit ohne positives Umfeld zu Hause bringen staatlichen Interventionen nur wenig. Unsere knappen Steuergelder sollten wir wirklich besser einsetzen!*

*Fazit: Wir dürfen den Einfluss staatlicher Interventionen nicht überbewerten und können somit keinen neuen Apparat aufstellen, der nur wieder Geld kostet und nur wenig an der Situation ändert. Man muss das Problem an der Wurzel packen: im sozialen Umfeld der Kinder. Die Stadt soll die Integration weiter fördern, was sie mit den heutigen Stützmassnahmen schon tut, und dafür sorgen, dass die Kinder nach draussen gelassen werden, wo sie sich mit anderen Kindern spielen können und dann Schweizerdeutsch lernen und Frühförderung somit von alleine und viel umfassender passiert. DAS wäre eine echte Anlage in die Zukunft - und nicht mit verschulten Kindern im Vorschulalter!*

*Für die FDP/JFU-Fraktion:*

*Matthias Bickel, Gemeinderat.*

*Uster, 18. März 2013.*

### **Thomas Wüthrich**

*Sehr geehrte Frau Präsidentin  
Liebe Kolleginnen und Kollegen  
Geschätzte Anwesende*

*„Die frühe Förderung stärkt die Ressourcen der Kinder und unterstützt ihre ganzheitliche Entwicklung. Für Kinder aus sozial benachteiligten Familien leistet die Frühförderung einen wichtigen Beitrag zur Chancengerechtigkeit.“*

*So die erste Leitidee im Leitbild der Stadt Winterthur zur Frühförderung aus dem Jahr 2009.*

*Kindern gute Entwicklungschancen zu bieten, ist zentral für die Zukunft unserer Gesellschaft. Kinder haben ein Anrecht auf gute Startbedingungen. Diese soll die Stadt Uster mit der Überweisung der vorliegenden Leistungsmotion auch benachteiligten Kindern bieten und damit die Chancengerechtigkeit verbessern.*

*Die Schweiz hat die UNO-Konvention der Kinderrechte im Jahr 1997 ratifiziert. Die Kinderrechte gelten für alle Kinder im gleichen Mass. Aber immer noch ist die Altersgruppe der Kinder von 0 –10 Jahren überdurchschnittlich häufig von Armut betroffen. Mit psychosozialen und materiellen Problemen belastete Eltern können ihren Kindern oft nicht die Förderung bieten, die diese für eine normale Entwicklung benötigen. Armut, relativ oder absolut, oder beengte Wohnverhältnisse beeinträchtigen die volle Entfaltung der Psychomotorik, Leistungsfähigkeit und Intelligenz von Kindern ebenso wie deren Fähigkeit soziale Kontakte aufzunehmen.*

*Die sozioökonomische Situation der Familie spielt in der Schweiz also eine zentrale Rolle für den Schulerfolg der Kinder. Ungefähr die Hälfte aller Kinder mit Defiziten in der Sprache, Motorik oder dem sozialen Verhalten sind ausländischer Nationalität.*

*Die tieferen Erfolgsaussichten allein mit dem Migrationshintergrund zu begründen ist jedoch falsch. Denn sozial privilegierte Jugendliche mit Migrationshintergrund haben genauso viel oder besseren schulischen Erfolg und eine tiefere Gewaltwahrscheinlichkeit als Schweizer Jugendliche. Entscheidend ist also, aus welcher sozialen Schicht die Eltern stammen und welchen*

*Bildungshintergrund sie haben. Oft weisen Kinder bereits beim Eintritt in den Kindergarten einen Rückstand auf. Dies gilt für Kinder von Schweizer Eltern genauso wie für Kinder von immigrierten Eltern. Die PISA-Studien haben gezeigt, dass es während der Schulzeit meist nicht mehr gelingt, diesen Rückstand befriedigend zu kompensieren. Nicht zuletzt die Belastungen durch die stark heterogenen Kindergarten- und Schulklassen verlangen nach präventiven Massnahmen.*

*Die vorliegende Leistungsmotion wird dem Gebot der Stunde in Sachen Frühförderung und Chancengerechtigkeit vollauf gerecht. Die Grünen unterstützen deshalb diesen Vorstoss und empfehlen ihn zur Annahme.*

*Thomas Wüthrich  
Gemeinderat Grüne*

### **Jürg Gösken**

*Sehr geehrte Frau Präsidentin,  
sehr geehrte Anwesende*

*in unserer Fraktion sind wir alle Fans von gelungenen Frühfördermassnahmen. Besonders beim Spracherwerb kann bei Kleinkindern mit anderer Muttersprache mit wenig Aufwand viel zur Chancenerhöhung aufs Niveau der anderen Kinder getan werden, wovon auch diese wiederum profitieren, da die restlichen Lernziele im Klassenverbund damit auch besser erreicht werden, als wenn noch zu grosse sprachliche Barrieren zu überwinden sind.*

*In der Schweiz hat man am längsten und am besten in Basel damit Erfahrungen gemacht. Erfahrungen die im doppelten Sinn Schule gemacht haben. Nach und nach haben weitere Kantone, so auch Zürich die Konzepte übernommen. Dieser Tage - bzw. ich habe auf eine Zustellung auf heute gehofft - erscheint bereits die 2. Auflage des kantonalen Katalogs Integrationsangebote, welcher ganz aktuell und konkret Frühfördermassnahmen aufführt, welche Gemeinden teilweise schlüsselfertig übernehmen können.*

*Mit den beiden Adjektiven "schlüsselfertig" und "konkret" können wir die vorliegende Leistungsmotion leider weniger in Verbindung bringen. Die Erfahrungen mit einigen Vorstössen in letzter Zeit - auch heute ist wieder einer dabei - haben uns gelehrt, dass dem Stadtrat sehr genau aufgetragen werden muss, was eine Mehrheit im Gemeinderat bezwecken möchte. Eine Leistungsmotion sollte unseres Erachtens eine fassbare Zieldefinition enthalten, welche geeignet ist, budgetrelevante Mittel abzuleiten und vorzuschlagen.*

*Im vorliegenden Fall ist uns die Blackbox zu gross. Im besseren Fall, da der der Stadtrat bereit ist, diese entgegenzunehmen, kriegten wir dann im Herbst als Überraschungsei eine stadträtliche Antwort präsentiert, welche dann näher oder weiter von unseren heute gewünschten Vorstellungen entfernt liegt.*

*Die Anforderungen an eine Leistungsmotion sind aus Sicht der Fraktion also nicht erfüllt, jedoch wären wir gewillt das Anliegen als Postulat zu unterstützen.*

*Sollte der Gemeinderat das Anliegen heute in der einen oder anderen Form überweisen, so verbinden wir damit den Auftrag, dass sich der Stadtrat bei der Beantwortung an der bewährten Vorarbeit der kantonalen Integrationsstelle orientiert, anstatt das Rad selbst neu erfinden zu wollen.*

*Bei Nichtüberweisung des Anliegens heute, bieten wir jedoch selbst gerne Hand für einen spezifizierten neuen Vorstoss, welcher topaktuell die neuesten Erkenntnisse und Angebote der Integrationsarbeit aufzunehmen vermag.*

*Wie gesagt, wir sind Fans von guter Frühförderung, sehen aber zugleich den Bedarf dem Stadtrat genauere Anleitung zu geben, damit das Richtige damit angestellt wird.*

*Zum Votum von Claudia Bekier möchte ich noch anmerken, dass ich ihrem Votum entnehme, dass sie für die Chancen von Kleinkindern in unserer Gesellschaft deren familiären Hintergrund verantwortlich macht. Ich denke nicht, dass unser Bildungssystem vor allem auf diesem Prinzip beruhen sollte. – Ich danke.*

*Für die glp-EVP-CVP-Fraktion  
Jürg Gösken*

**Balthasar Thalmann** ergreift das Wort und führt aus, dass es wie beim Fussball ist: die Züricher könnten von den Baslern lernen. Er fordert die Anwesenden auf, einmal an der Ackerstrasse vorbeizuschauen und festzustellen, wieviele Kinder da Deutsch sprechen. Da kann man lange auf den Spielplatz gehen, Deutsch lernen die Kinder nicht.

Keine weiteren Wortmeldungen mehr erwünscht.

**Abstimmung:**

**Der Gemeinderat beschliesst**

**mit 11 : 19 Stimmen**

**die Leistungsmotion nicht zu überweisen.**

**6 Bericht und Antrag des Stadtrates auf das Postulat 545 von Simone Michel und Ursula Räuftlin betreffend «Konkrete Schritte und Massnahmen zum Artikel 1 der Gemeindeordnung der Stadt Uster, Nachhaltigkeitsartikel»**

**Ursula Räuftlin** referiert.

*Sehr geehrter Präsident,  
geschätzte Ratskolleginnen und Ratskollegen*

*Nach einer halben Ewigkeit hat der Stadtrat nun endlich zur Kenntnis genommen, dass die Stimmbürger am 27. November 2011 den Nachhaltigkeitsartikel angenommen haben, und hat als Zeichen seiner Kenntnisnahme die Gemeindeordnung auf der Homepage der Stadt aktualisiert. Leider ist es damit nicht getan. Um eine kontinuierliche Reduktion des Energieverbrauches und des CO<sub>2</sub>-Ausstosses zu erreichen, wären Massnahmen zu ergreifen. Und um ein Ziel anvisieren zu können, müssten für die Reduktion des Energieverbrauchs und des CO<sub>2</sub>-Ausstosses auch verbindliche Vorgaben definiert werden. Und damit auch kontrolliert werden kann, ob die Ziele erreicht werden, sollte der Stadtrat dem Gemeinderat regelmässig Bericht erstatten.*

*Der Stadtrat verweist nun in seiner Antwort auf die kommunale Energieplanung. Diese soll die Basis für die räumliche Konkretisierung der Energiepolitik auf der Stufe Gemeinde sein. In dieser wird allerdings nur der Bereich der Wärmeversorgung behandelt. Für diese Energieplanung wird uns eine Wirkungskontrolle mit Berichterstattung im Intervall von vier Jahren versprochen. Des Weiteren verweist der Stadtrat auf die Zertifizierung mit dem Label Energiestadt. Mit diesem Label wird eine breitere Palette an energierelevanten Themen abgedeckt. Und auch hier wird ein Reaudit alle vier Jahre erstellt. Diese Berichte dem Gemeinderat zugänglich zu machen, sollte nun wirklich keinen Zusatzaufwand generieren.*

*In seiner Antwort auf das Postulat verweist der Stadtrat auf die hohen Kosten, die durch dieses Postulat generiert werden. Aber: **der Nachhaltigkeitsartikel verpflichtet** den Stadtrat zu Massnahmen, nicht das vorliegende Postulat. Ein Massnahmenplan sollte deshalb eigentlich bereits vorliegen. Er wäre auch ohne diesen Vorstoss bloss aufgrund der Volksabstimmung über den Artikel zu erarbeiten. Die periodische Berichterstattung darüber ist dann reine Formsache – bzw. ein Klacks.*

*In der Postulatsantwort spricht der Stadtrat nur vom Label Energiestadt und nicht vom Label Energiestadt **gold**. Auch dies lässt tief blicken. Der Stadtrat strengt sich ganz offensichtlich nicht wirklich an, seinen Auftrag umzusetzen und das Label GOLD zu erreichen. Was ich wie bei vielen umweltrelevanten Bereichen vermisse ist der **sichtbare Wille des Stadtrates**, die Umsetzung des Nachhaltigkeitsartikels ernsthaft an die Hand zu nehmen.*

*Einen Zusatzbericht zum vorliegenden Postulat zu verlangen macht erfahrungsgemäss keinen Sinn. Der Stadtrat hat uns im Zusammenhang mit ähnlichen Geschäften darauf hingewiesen, dass mit einem Zusatzbericht die Meinung des Stadtrates nicht geändert werden kann. Der Stadtrat wird also von sich aus nicht ernsthaft aktiv werden. So bleibt uns also nichts anderes übrig, als den vorliegenden Bericht **abzulehnen**. Wir werden einen Teil der Aufgaben des Stadtrates übernehmen, indem wir ihm mit weiteren Vorstössen ganz konkrete Massnahmen zur Umsetzung des Nachhaltigkeitsartikels der Gemeindeordnung in Auftrag geben werden.*

*Die GLP-EVP-CVP-Fraktion lehnt den vorliegenden Bericht ab.*

*Ursula Räuftlin  
Gemeinderätin Grünliberale*

Der Stadtrat wünscht noch nicht das Wort.

### **Rudolf Locher**

*Sehr geehrte Frau Gemeinderatspräsidentin, Geschätzte Kolleginnen und Kollegen*

*Die FDP/JFU Fraktion stimmt dem Bericht des Stadtrates zu.*

*Der Stadtrat versichert und bestätigt uns, dass:*

*1. Die Stadt Uster mit dem Energielabel zertifiziert ist, womit die umgesetzten Massnahmen kontrolliert und nachgewiesen sind. Die Energie Uster AG wird Ihrerseits viele oekologischen Anstrengungen entwickeln und umsetzen.*

*Die Energieplanung, kontrolliert durch die Fachgruppe Energie, zeigt auf, dass Analysen, Ermittlungen, Entwicklungen, Koordination, der Energieplan umgesetzt werden.*

*Ein zusätzlicher Masterplan bringt keine Energieeinsparungen, sondern kompliziert wiederum die laufenden Aktivitäten, bewirkt Doppelspurigkeiten und es ist wie immer mit erheblichen finanziellen und personellen Mehraufwendungen zu rechnen.*

*Das jüngste Beispiel von sich selbstabschaffender Planung ist die Kulturinitiative, welche das energetische Vorzeigebiet Eschenbühl kurzum zunichte gemacht hat.*

*Wie wollen Sie, geschätzte Postulanten, die Ustermer Bevölkerung per Gemeindeordnung zu etwas verpflichten, wenn wir, das Parlament, laufend das Gegenteil beschliessen.*

*Beispiele: Kredite für tägliche Schulbusse (mit Schaffhausen-Kennzeichen), weil billiger, um Kinder vor weiten Schulwege zu bewahren, Globalbudget, um Schulräume unkontrolliert übermässig zu beheizen. Subventionierte Buslinien, günstige ÖV-Abos, welche jedermann auch für nicht kostendeckende Freizeitfahrten in die ganze Schweiz geradezu fördern. Postbüroschliessungen, die zu Mehrverkehr ins Zentrum führen, nur um einen Brief-Umschlag abzuholen. Auslandfahrten, auch von Ustermer, um billig zu posten, total 8 Milliarden. In Uster selber werden Parkplätze zur Attraktivitäts-Minderung (nicht Steigerung!) und zum Schaden der Gewerbler entfernt.*

*Es sind dieselben Politiker, welche sich für günstigen Raum zum Wohnen, für die Kunst, und neuerdings sogar für das örtliche Gewerbe stark machen wollen, welche auf der anderen Seite hochwertige energiesparende aber teurere Gebäude mithilfe eines Masterplan fordern.*

*Deshalb stimmt die FDP/JFU-Fraktion dem Bericht und Antrag des Stadtrates zu.*

*Für die FDP/JFU-Fraktion*

*Rudolf Locher*

### **Lucia Thaler**

*Liebe Kolleginnen und Kollegen,  
Geschätzte Anwesende,*

*Mir der Verankerung des neuen Artikels 1 in der Gemeindeordnung hat die Ustermer Stimmbevölkerung gezeigt, dass ihr Nachhaltigkeit ein wichtiges Anliegen ist. Die Stadt Uster soll sich am Ziel der nachhaltigen Entwicklung orientieren. Richtigerweise fordern die Postulantinnen, dass diesem Ziel konkrete Schritte folgen sollen.*

*Die vorliegende Antwort des Stadtrates auf das Postulat ist etwas gar mager ausgefallen. Beim Lesen hatte die SP-Fraktion den Eindruck, dass sich der Stadtrat bei diesem Thema windet und wenig Bereitschaft signalisiert, die geforderten Schritte in Richtung Nachhaltigkeit zu gehen. Das zeigt sich zum Beispiel daran, dass im Bericht nur auf die Wärmeplanung eingegangen wird. Die*

*weiteren für den Energieverbrauch hoch relevanten Bereiche wie Mobilität, Raumplanung und Versorgung mit Elektrizität sind für den Stadtrat nicht einmal eine Erwähnung wert. Rächt sich hier etwa die Umwandlung der Städtischen Werke Uster in die privatrechtliche Energie Uster AG vor etwas mehr als 10 Jahren? Fühlt sich der Stadtrat nicht für eine nachhaltige Versorgung mit Elektrizität verantwortlich?*

*Einen Lichtblick bietet der Bericht zum Glück doch noch: Dass die Stadt Uster eine übergeordnete Nachhaltigkeitsstelle erhalten soll, begrüsst die SP-Fraktion. Diese nimmt sich dem Thema Nachhaltigkeit hoffentlich mit mehr Engagement und einem breiteren Verständnis an.*

*Um die Forderung der Postulantinnen nach einer Berichterstattung zu erfüllen, ohne grossen Aufwand zu verursachen, schlagen wir vor, dass der alle 4 Jahre erstellte Reauditbericht für das Energiestadtlabel jeweils dem Gemeinderat zur Genehmigung vorgelegt wird.*

*Damit stimmen wir von der SP-Fraktion der Abschreibung des Postulats zu.*

*Lucia Thaler*

### **Patricio Frei**

*Sehr geehrte Frau Präsidentin  
Liebe Kolleginnen und Kollegen  
Geschätzte Anwesende*

*Irgendwie werde ich den Eindruck nicht los, der Stadtrat habe die Ausgangslage für das Postulat nicht richtig verstanden. Der Titel macht eigentlich klar: Wir haben einen neuen Artikel in der Gemeindeordnung und nun soll der Stadtrat erklären, wie er dieses umsetzt.*

*Zusammengefasst bedeutet die Antwort des Stadtrats: Der Masterplan ist ihm zu teuer. Eine solche Feststellung ist doch keine ausreichende Antwort auf das Postulat.*

*Für dieses Verhalten gibt es aus Sicht der Grünen nach der Lektüre der stadträtlichen Antwort zwei Erklärungsmöglichkeiten:*

- 1. Der neue Artikel ist sinnlos: Es verlangt nichts anderes, als was die Stadt eh bereits tut oder geplant hat.*
- 2. Der Stadtrat foutiert sich um den neuen Artikel und will nicht auf die zusätzlichen Aufgaben eingehen, die ihm eben dieser Artikel auferlegt.*

*Sinnlos oder sich drum foutieren? Diese Frage können Sie sich am Ende meiner Ausführungen selber beantworten.*

*In seiner Antwort zeigt der Stadtrat zwar deutlich auf, dass er tatsächlich schon einiges unternimmt, um den Energieverbrauch und den CO<sub>2</sub>-Ausstoss zu reduzieren. Aber er zeigt darin auch wesentliche Lücken auf, die er offenbar noch immer nicht erkannt hat. Und um genau die geht es uns:*

- Mobilität: Der Stadtrat würdigt diesen Bereich mit einem einzigen Wort. Welche Massnahmen der Stadtrat hier plant, wissen wir nicht. Hier liegt vermutlich enormes Potential zu Verbesserung des Modalsplits brach. Aber wir wissen auch das nicht, denn ein Verkehrskonzept hat Uster nicht. Weil unsere Stadt keine Probleme mit dem Verkehr hat?*
- Stromverbrauch: Dieser wird überhaupt nicht erwähnt, als ob es für eine Stadt unmöglich wäre, mit Lenkungsmassnahmen und Anreizen, den Stromverbrauch ihrer Bürgerinnen und Bürger zu drosseln.*

- Unerwähnt bleiben auch wesentliche Bereiche wie die Förderung der Stromproduktion aus erneuerbarer Energie.
- Wärme: Einzig bei der Energieplanung im Bereich Wärme, missverständlicherweise weiterhin „Energieplanung“ genannt, wird der Stadtrat bei seiner Antwort ausführlicher. Doch auch da tun sich Fragen auf: Mit welchen Instrumenten soll die Leistungs- und Wirkungskontrolle durchgeführt werden? Bis wann wird sich die verwaltungsinterne Fachstelle konstituieren? Welche Handlungsmöglichkeiten sieht die Stadt für Liegenschaften ausserhalb der Prioritätsgebiete vor?

*Es kann doch nicht sein, dass der Stadtrat in all diesen Bereichen keine Massnahmen plant oder keine Antworten weiss. Darauf wollten wir Grünen eine Antwort mit unserem Postulat. Gekriegt haben wir sie leider nicht. Schade!*

*Das Thema Masterplan ist dabei sinnbildlich: Unsere Idee dieses Instruments war, der Stadt Uster aufzuzeigen, wie sie den Nachhaltigkeitsartikel umsetzen kann. Doch unsere Exekutive interpretiert diesen gutgemeinten Vorschlag als weitere bürokratische Auflage und reagiert beinahe schon eingeschnappt und brüskiert. Sie listet alle Stellenprozente und möglichen Zusatzkosten auf, statt nach einer sinnvollen Umsetzung zu suchen.*

*Spätestens seit der unschönen Debatte über die Grundversorgung bei der Elektrizität durch erneuerbare Energien wissen wir im Gemeinderat alle, dass sich der Stadtrat in seiner Meinung auch durch einen Ergänzungsantrag nicht von seiner Haltung abbringen lässt – auch wenn es nicht der Gemeindeverfassung entspricht. Eine Haltung, die an das Demokratieverständnis in einer Bananenrepublik erinnert. Deshalb verzichten wir Grüne auf einen Ergänzungsantrag. Wir lehnen aber die Antwort des Stadtrats entschieden ab.*

*Sinnlos ist der Artikel ganz offensichtlich nicht. Der Stadtrat foutiert sich einfach um seine Aufgabe: Er sollte für die Umsetzung der Artikel in der Gemeindeverfassung sorgen. Wir Grünen nehmen aber seine Antwort als Steilpass: Wenn der Stadtrat nicht bereit ist, selber die Rahmenbedingungen zu fordern, um den Nachhaltigkeitsartikel zu erfüllen, werden wir sie ihm liefern – Fortsetzung folgt.*

*Patricio Frei  
Fraktionspräsident Grüne*

**Stadtrat Thomas Kübler** zeigt sich um eine Fortsetzung besorgt und der Stadtrat ist nicht eingeschnappt. Hier wird mit anderen Worten etwas vermischt. Es gibt formelle Instrumente, um dem Stadtrat eine Aufgabe zu erteilen. Auf Verfassungsstufe gibt es verschiedene Tiefengrade. Bleiben wir sachlich. Es wurde ein Postulat überweisen mit der Aufforderung zur Berichterstattung - wie gedenkt der Stadtrat auf Verfassungsstufe – nicht Gesetz! – etwas umzusetzen. Ein Masterplan ist das Politikum, was jetzt aktuell ist. Es geht um verbindliche Zielvorgaben auf Verfassungsstufe. Der Stadtrat soll Bericht erstatten, auf welche Art du (Stadtrat) umsetzen willst. Und keine konkrete Massnahmen, um die Mobilität der Bürger einzuschränken, Energiefragen umzusetzen usw. Der Weg war gefragt. Aber die Kritik geht in die falsche Richtung. Der Stadtrat ist der Meinung, dass er genug tut. Vier Punkte werden aufgeführt. Den Verkehr zu regulieren ist eine kantonale bzw. Bundesaufgabe. Zum Thema erneuerbare Energien: Uster hat mehr davon. Zu Liegenschaften: Sanierungen bei privaten Bauvorhaben werden durch die Stadt unterstützt. Es wird sehr schwarz/weiss gemalt auf der linken Ratsseite. Der Energiebericht vom Audit soll durch den Gemeinderat genehmigt werden? Zur Kenntnis ja aber nicht genehmigt. Man sollte die Kirche im Dorf lassen. Zum Energiestadt-Label GOLD: die Stadt steigert sich, die Mittel dazu müssen seitens des Rates gesprochen werden, er muss verbindliche Leistungsziele setzen und klare Aufträge erteilen.

**Thomas Wüthrich** ergreift das Wort. Sich an die Fakten halten, dafür ist auch er. Unsere Verfassung enthält Fakten, u.a. den CO2-Ausstoss zu senken. Der Stadtrat soll informieren, wieviel der Ausstoss pro Jahr und Kopf abnimmt. Wie man die Zahl erheben kann, will der Stadtrat nicht verraten. Der Verfassungsauftrag ist klar. Und betreffend Veloständer bauen: Vor dem Stadthaus würde es noch ein oder zwei mehr vertragen.

Keine weiteren Wortmeldungen mehr erwünscht.

**Abstimmung:**

**Der Gemeinderat beschliesst**

**mit 25 : 8 Stimmen**

**den Bericht gutzuheissen. Das Postulat ist erledigt.**

**7 Antrag des Stadtrates betreffend Privater Gestaltungsplan «Lenzlinger-Areal», Niederuster (Antrag Nr. 158/2013)**

Für die Kommission Planung und Bau referiert **Rudolf Locher**.

Rudolf Locher hat bei der Geschäftsleitung eine Redezeitverlängerung beantragt, da das Geschäft sehr komplex ist.

Der Rat stimmt mit 32 Stimmen dem Begehren zu.

**Rudolf Locher** referiert.

*Die Baukommission tagte zum ersten Mal am 28. Januar 2013, dann am 4. März und schliesslich am 25. März, dann mit der Beschlussfassung.*

*Die Kommission Planung und Bau hat als Erstes zur Kenntnis genommen, dass sich der Trend der Zeit auch in Uster fortsetzt. Die produzierende Industrie geht, die Industriegelände leeren sich und werden zu Baubrachten oder zu sogenannten verbotenen Zonen. Vor dieser Entwicklung kann sich weder die Baukommission noch der Gemeinderat Uster die Augen verschliessen.*

*1. Sitzung vom 28. Januar 2013:*

*Der Gestaltungsplan „Lenzlinger Areal“ beinhaltet eine sehr nennenswerte Eigenheit.*

*Die Industrieproduktion der Lenzlinger Doppelböden wird nicht aufgegeben, sondern nach Nänikon in die Industriezone verlegt.*

*Das Lenzlinger Areal bildet nur etwa 10% des Gesamtraumes der ehemaligen Ustermer Industriezone, inkl. dem Zellwegerareal, zwischen der Sonnenberg- und der Wilstrasse. In der Tat hat sich die Familie Lenzlinger ursprünglich entschlossen, Ihr Gebiet in der Industrie belassen zu wollen.*

*Also in einem Gebiet, was die Interessen der neuen Wohn- und Gewerbezone gegen deren der Industriezone in Widerspruch setzt. Dies sei mit ein Grund, so erläuterte uns die anwesende Vertreterin der Grundeigentümer, Frau Dr. Karin Lenzlinger, dass man jetzt die neue allgemeine Situation zukunftsorientiert lösen will.*

*Deshalb dieser Gestaltungsplan.*

*Alle gesetzgebenden Grundlagen für den Gestaltungsplan sind vorhanden, die Vernehmlassungen durchgeführt.*

*Die Vorlage selber stellt kein ausführungsreifes Bauprojekt dar, sondern setzt einzig die Rahmenbedingungen fest. Selbstverständlich werden Bauten dem ordentlichen Baugesuchsverfahren unterstellt sein. Weiter besteht eine Wettbewerbspflicht. Das Areal wird im Zuge der geplanten Neugestaltung und Neunutzung der Zentrumszone Z3 zugeteilt werden.*

*Die Kommission Planung und Bau hat verschiedene offene Fragen mit der Mitinhaberin, Frau Karin Lenzlinger an der Orientierungssitzung vom 28. Januar 2013 erläutert. Einwendungen im Zusammenhang mit der öffentlichen Auflage vom Frühjahr 2012 wurden in der Folge in die Planung miteinbezogen und sind Teil dieser Vorlage.*

*Wärme wird aus dem Verbund mit der Kläranlage bezogen. Das Energiekonzept basiert auf erneuerbarer Energie.*

*Die neuen Gebäude dürfen entsprechend des Planes maximal bis auf die blau eingezeichnete sog. Mantellinie erstellt werden. Flachdächer sollen die Sicht und den Schattenwurf der neuen*

nachbarlichen Wohnbauten nicht unnötig einschränken. Die Bauten werden in Minergie-Standard oder besser erstellt werden. Der Aabach wird gemäss Hochwasserschutzvorschriften korrigiert. Das ganze Gelände wird mit einem Grüngürtel umfasst, welcher zur neuen Weiherallee eine Pufferzone bildet. Ebenso muss von der Sonnenbergstrasse bis zur Weiherallee ein öffentlicher Fussweg entlang des Kanals vom Grundeigentümer erstellt werden. Der vorgesehene neue Platz, genannt Turbinenplatz, wird die Verbindung zwischen dem ehemaligen Zellwegerareal und dem Lenzlinger Areal sein. Ein Gewinn für die Öffentlichkeit. LKW Verkehr, grosse Parkflächen, Betriebs- bzw. Produktionsimmissionen usw. werden in geringerem Mass nicht zu verhindern sein. Der Betrieb der firmeneigenen Tankstelle wird eingestellt, um die Gefahrenkonflikte zwischen der Tankstellenbenützer und den Fussgängern und Velofahrer auszumerzen.

In der Baukommission stellte sich die Frage, was wir tun können.  
Nur eines, wir können den Gestaltungsplan annehmen oder ablehnen.  
Keine Anpassungen oder Korrekturen.

Am 4. März 2013 erfolgte der Rückweisungsantrag.

Die Ausgangslage waren:

Die drei Beschlüsse des Stadtrates:

1. eine Revision des kommunalen Richtplanes, d.h. die Festlegung des Gebietes neu als Zentrumsgebiet anstelle Industriegebiet.
2. eine entsprechende Anpassung des Zonenplanes, nämlich die Festlegung einer Zentrumszone Z3 anstelle der Industriezone I5.
3. die Zustimmung zum privaten Gestaltungsplan „Lenzlinger Areal“.

Der Rückweisungsantrag:

- Es ist darzulegen, inwieweit sich die in der stadträtlichen Strategie formulierten Ziele bezüglich Entwicklungsmöglichkeiten von ansässigen Unternehmen und die Ansiedlung von neuen Unternehmungen vor dem Hintergrund der heute theoretisch/praktisch zur Verfügung stehenden Bauzonenflächen umsetzen lassen.
- Es ist darzulegen, inwieweit das Marktpotenzial sowie die Lagequalität für die Ansiedlung von wertschöpfungsstarken Unternehmen tatsächlich vorhanden sind.
- Es ist darzulegen, inwieweit in Uster geeignete und bezahlbare Flächen für produzierende Gewerbebetriebe (u.a. auch Handwerker) zur Verfügung stehen.
- Daraus ist abzuleiten, ob das Lenzlinger Areal überhaupt als Wohnnutzung zur Verfügung gestellt werden kann. Falls Ja ist der Nutzen für die Öffentlichkeit darzulegen. Hierzu könnten beispielsweise attraktive öffentliche Räume, ein Mindestgewerbeanteil von z.B. 60% oder einen substanziellen Beitrag zur Erhöhung des Anteils genossenschaftlichen Wohnungsbaus in Uster sein.
- Nicht ausschliessen möchte ich auch, dass der Stadtrat aufgrund dieser Kenntnisse seine Strategie und das Pflichtenheft des Wirtschaftsförderers präzisieren wie auch eine Revision der kommunalen Nutzungsplanung ins Auge fasst. Mit dem Ziel, dem produzierenden Gewerbe mehr Entwicklungsmöglichkeiten zur Verfügung zu stellen.

Erst wenn der Stadtrat seine Hausaufgaben gemacht hat, für die er sowohl die Grundeigentümer wie aber auch Kreise aus Gewerbe und Wirtschaft einbeziehen muss, soll der Gemeinderat seine Entscheidung fällen.

-----

Die weitere Begründung des Rückweisungsantrages ist ganze dreieinhalb DIN A4 Seiten lang, weshalb ich hier nur einige Stichworte erwähnen möchte.

Der Wirtschaftsförderer stelle fest, dass das Entwicklungspotenzial für Unternehmungen stark eingeschränkt ist. Das „Input“ zitiere unseren Kollegen Bruno Modolo, welcher erkläre, dass mehr Land für Gewerbe und Handel zur Verfügung gestellt werden soll. Die Konsequenz von

*Gewerbebezonen mit Dienstleistungen und Verkaufsnutzungen sei einzig ein höherer Preiss, welcher nicht mehr bezahlbar würde. Der Trend gehe zu eigentlicher Wohnnutzung, und dies wiederum bedeutet die Aufgabe eines weiteren Industriestandortes. Evt. könnte sogar die Firma „Uster Technologies“ Erweiterungswünsche anmelden, oder ein Sanitärgeschäft möchte sich niederlassen. Das Gejammer über wegziehende Firmen wie Mägerle hätte man zu genüge gehört. Im Weiteren sei kein Nutzen für die öffentliche Hand erkennbar, mit Ausnahme des Weges entlang des Aabachs. Einzig aus Respekt gegenüber der Familie Lenzlinger solle der vorliegende Gestaltungsplan nicht abgelehnt, sondern zurückgewiesen werden. Der Stadtrat hätte seine Hausaufgaben nicht gemacht. Deshalb wurde der Rückweisungsantrag formuliert und postuliert.*

*Der anwesende Stadtrat Th. Kübler wollte inhaltlich zum Rückweisungsantrag und zu dessen Begründung den Gesamtstadtrat konsultieren und nicht sofort Stellung nehmen. Er verwies auf die nächste Sitzung. Das Geschäft wurde vertagt.*

### *3. Sitzung vom 25.3.2013:*

*Die Familie Lenzlinger bevorzugte einst die Beibehaltung des Industriareals als Produktionsstätte. Die jüngste Zeit, so erläuterte uns Karin Lenzlinger, veränderte jedoch das Bild zusehends. Reklamationen wegen Immissionen sind voraussehbar. Dies war der Hauptgrund der Inangriffnahme des Gestaltungsplanes.*

*Nach intensiven Diskussionen, insbesondere der Nutzung wegen, wurde der gleiche Rückweisungsantrag vom 4.3.13 wieder gestellt. Ich wiederhole denselben nicht.*

- *Es ist darzulegen, inwieweit sich die in der stadträtlichen Strategie formulierten Ziele bezüglich Entwicklungsmöglichkeiten von ansässigen Unternehmen und die Ansiedlung von neuen Unternehmungen vor dem Hintergrund der heute theoretisch/praktisch zur Verfügung stehenden Bauzonenflächen umsetzen lassen.*
- *Es ist darzulegen, inwieweit das Marktpotenzial sowie die Lagequalität für die Ansiedlung von wertschöpfungsstarken Unternehmen tatsächlich vorhanden sind.*
- *Es ist darzulegen, inwieweit in Uster geeignete und bezahlbare Flächen für produzierende Gewerbebetriebe (u.a. auch Handwerker) zur Verfügung stehen.*

*Der Anwesende SR Th. Kübler erläutert jetzt aus dem Stadtrat folgendermassen:*

*„Der vorliegende Gestaltungsplan sei ein Vorzeigeobjekt.*

*Er beinhalte sowohl Gewerbenutzung, Wohnnutzung, die Umgestaltung des Aabachareals, den Verzicht auf die firmeneigene Tankstelle an der Sonnenbergstrasse. Diese Planung berücksichtige ebenso die Ziele der Wirtschaftsförderung und laufe der Dualstrategie des Stadtrates nicht entgegen.*

*Es sei nicht öffentliches Interesse, dass dort ein Industriebetrieb liegt,*

*Aber es sei öffentliches Interesse, dass die Firma Lenzlinger nach Nänikon umsiedeln kann.*

*Es sei eine Arrondierung und Stärkung des Zellweger-Areals als Vorzeigemodell der Stadt Uster.*

*Wieder die Baukommission:*

*Es wird die Ansiedlung bzw. die Beibehaltung von produzierender Industrie postuliert. Es werden die Dualstrategie des Stadtrates und die Ziele der Wirtschaftsförderung und anderer Exponenten herangezogen und hinterfragt, alles zwecks Realisierung von, ich zitiere: hochwertigem Wohnraum und zur Schaffung von preislich attraktiven Gewerbebezonen für Gewerbebetriebe aus Uster.*

*Und nun zum Antrag selber: Ich zitiere sinngemäss;*

*Der SR soll eingeladen werden, die Entwicklungsmöglichkeiten von ansässigen Unternehmen und die Ansiedlung von neuen Unternehmungen vorzuzeigen. Das Marktpotenzial und die Lagequalität für die Ansiedlung von wertschöpfungsstarken Unternehmungen soll untersucht werden.*

*Und zuletzt:*

*Es sei darzulegen, inwieweit in Uster geeignete und bezahlbare Flächen für produzierende Gewerbebetriebe (u.a. auch Handwerker) zur Verfügung stehen.*

*Daraus abzuleiten sei alsdann, ob das Lenzlinger Areal überhaupt für Wohnnutzungen zur Verfügung gestellt werden kann. Falls ja, ist der Nutzen der Öffentlichkeit darzulegen. Hierzu könnten beispielsweise attraktive öffentlich Räume, ein Mindestgewerbeanteil von z.B. 60% oder ein substanzieller Beitrag zur Erhöhung des Anteils des genossenschaftlichen Wohnungsbaus in Uster sein.*

*Nicht ausschliessen möchte man, dass der Stadtrat aufgrund dieser Kenntnisse seine Strategie und das Pflichtenheft des Wirtschaftsförderers präzisieren sowie auch eine Revision der kommunalen Nutzungsplanes ins Auge fasst, mit dem Ziel, dem produzierenden Gewerbe mehr Entwicklungsmöglichkeiten zur Verfügung zu stellen.*

*Dann kamen wir zur den Abstimmungen:*

*Der gestellte Rückweisungsantrag wurde mit 5 zu 4 Stimmen gutgeheissen.*

*Für den Fall, dass der Rückweisungsantrag im Gemeinderat keine Mehrheit finden sollte, beschliesst die Kommission Planung und Bau mit 5:4 Stimmen, dem Gemeinderat zu beantragen, den privaten Gestaltungsplan „Lenzlinger Areal“ nicht gutzuheissen.*

*Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit. Für die Kommissiom                    Rudolf Locher,*

Der Stadtrat wünscht einstweilen nicht das Wort.

### **Balthasar Thalmann**

*Diese Vorlage hat bei der SP-Fraktion herzlich wenig Begeisterung aber grosse Diskussionen ausgelöst.*

*Im Vordergrund stand die Frage, ob diese Vorlage Uster einen Schritt weiterbringt und was der Nutzen für die Allgemeinheit ist.*

*Anfänglich wurde uns die Planung so verkauft, dass das Lenzlinger-Areal zu einem Gebiet mit gemischter Nutzung umfunktioniert würde. Bei genauerem Nachfragen stellte sich aber bald heraus, dass Arbeitsnutzungen – wenn überhaupt - nur völlig untergeordnet sein werden. Angesichts der angrenzenden Überbauungen des Zellweger-Areals könnte das Verbleiben in der Industriezone langfristig als Fremdkörper erscheinen. Es ist aber festzustellen, dass wir vorliegend von einer Umnutzung eines Arbeitsplatzgebietes zu einem Wohngebiet reden.*

*An der Fraktionssitzung konnten wir mit den Gesuchstellern, also mit Vertretern der Lenzlinger Söhne AG, ein ausführliches Gespräch führen. Die Informationen, die wir dabei erhielten, waren wesentlich aufschlussreicher als diejenigen, die uns im Rahmen der Kommissionsarbeit zur Verfügung gestellt wurden. Manchmal hatte man den Eindruck, dass in der Kommission eine Diskussion über Vor- und Nachteile der Planung gar nicht gewünscht ist, sondern dass der Gemeinderat einfach nach dem „Vogel friss oder stirb – Prinzip“ über ein Ja oder ein Nein befinden soll.*

*Zurückweisen möchten wir den Vorwurf, wir hätten unsere Fragen bereits im Rahmen der öffentlichen Auflage der Planung deponieren sollen. Hierzu ist zu sagen, dass eine Planung verschiedene Verfahren zu durchlaufen hat und letztlich dem Gemeinderat zur Diskussion und Entscheidung zugeführt wird. Andere Erwartungen würde das System völlig überbestimmen.*

*Die Vertreterin der Lenzlinger Söhne AG sagte uns gegenüber, dass eine Aufwertung des Areals in Niederuster (als Sicherheit, um bei den Banken das nötige Kapital zu erhalten) zwingend sei, damit die vorgesehene Betriebserneuerung in Nänikon überhaupt finanziert werden könne.*

*Leicht erpresserisch aber nachvollziehbar ist die Aussage der Firma Lenzlinger Söhne AG, wonach, falls der Gemeinderat dem Gestaltungsplan nicht zustimme, die Existenz des Unternehmens ernsthaft in Frage gestellt sei.*

*Dies ist eine Aussage, die man glauben kann oder nicht; überprüfen können wir sie nicht. Wenn 150-jährige Traditionsunternehmen heute nur noch dann existieren können, wenn sie erhebliche Aufwertungen ihres Immobilienportfolios vornehmen können, dann wirft das Fragen auf. Ein Teil dieser Fragen haben wir ins kürzlich eingereichte Postulat „Rahmenbedingungen für das produzierende Gewerbe“ verpackt.*

*Ein zweiter Diskussionspunkt war die Frage, ob das Lenzlingerareal denn tatsächlich nicht mehr gewerblich-industriell genutzt werden soll. Immerhin reden wir von einer Fläche von gegen einer Hektare. Es ist gut halb so gross wie das städtische Grundstück im Mühleholz, also eine gute Grösse für Gewerbebetriebe. Natürlich kann man sagen, dass sich die neuen Anwohner der Überbauung am Hertiweiher bald über die lärmige Nachbarschaft beklagen könnten. Ist das wirklich ein Argument, „wo verhebt“? Wird nicht auch behauptet, dass die neuen Bewohner im Lorenquartier ja gewusst hätten, dass eine Strasse Uster West projektiert wird? Und möchten wir Uster wirklich so entwickeln, dass es immer schön ruhig, sauber und geordnet ist, dass Wohnen und Arbeiten immer getrennt wird? Machen wir Uster so nicht zu einer sterilen Stadt oder besser gesagt zu einem überdimensionierten Wohnquartier der Stadt Zürich?*

*Und der dritte Diskussionspunkt war die Frage, was die Öffentlichkeit – die Stadt Uster, die Bewohner und Bewohnerinnen dieser Stadt - von diesem Gestaltungsplan hat.*

*Die SP-Fraktion ist der Meinung, dass für die Öffentlichkeit viel zu wenig herauschaut. Planungen mit so wenig Nutzen für die Allgemeinheit können wir nicht akzeptieren. Dies gilt für den GP Lenzlinger wie auch für alle Planungen, die folgen werden. Nur mit gutem Städtebau ist es noch nicht getan. Guter Städtebau ist wichtig, ist aber eigentlich für jede Planung und Bewilligung eine zwingende Voraussetzung. Guter Städtebau ist auch nicht eine ausserordentliche Disziplin – es gibt genügend Fachleute auf diesem Gebiet. Wann muss es einfach wollen, Qualität einzufordern. In Uster sind wir mit enormen Preissteigerungen im Wohnungsmarkt konfrontiert. In Neubauten werden meist nur noch Eigentumswohnungen im hohen Preissegment angeboten. Anständige Wohnungen zu anständigen Preisen sind immer weniger erhältlich. Genossenschaftlicher Wohnungsbau könnte hier Gegensteuer geben, weil die Renditeerwartungen im vernünftigen Rahmen sind. Die Firma Lenzlinger hat uns gegenüber versichert, dass sie das Areal in Firmenbesitz behalten möchten. Ihre Firmengeschichte verpflichte sie, auch langfristig für die Entwicklung ihres Standortes verantwortlich zu sein. Dieses Versprechen haben wir gehört. Leider ist es aber nur ein mündliches Versprechen. Und dass wir gegenüber mündlichen Versprechungen sehr skeptisch sind, hat seine guten Gründe:*

- *Uns wurde versprochen, dass im Kern Nord ein attraktiver Stadtteil entstünde. Deshalb hat die Stadt Uster auch eine Million in die Planungen investiert. Was ist rausgekommen – eine völlig unbefriedigende Situation, u.a. mit einem schwarzen Loch zur Poststrasse hin.*
- *Beim Kern Süd wurde uns versprochen, dass dies eine Vorzeigeplanung für das fussgängerfreundliche Zentrum werde, welches der Stadtrat ja auch anstrebe. Was ist rausgekommen: uns wurde ein Gestaltungsplan vorgelegt, der eine öffentliche Erdgeschossnutzung nur „halbbatzig“ vorschreibt, der die Einfahrt in die Tiefgarage mitten im Areal hat und der weiterhin eine stattliche Anzahl oberirdischer Parkplätze vorsieht.*
- *Beim Landverkauf in den Loren wurde uns versichert, dass die Käuferschaft, die Odinga AG und Peter Ott, aufgrund ihrer Ustermer Verwurzelung schon dafür schauen werden, dass das Projekt und die Mieter zu Uster passen und dass die Stadt mitreden könne. Was ist passiert: Bevor das Objekt steht, wurde es an einen institutionellen Anleger ohne Bezug zu Uster verkauft – an die SUVA.*

*Versprechen genügen uns daher nicht. Es liegt in der Hand des Stadtrates, dafür zu sorgen, dass die öffentlichen Interessen in die Planungen einfließen – nötigenfalls auch mit privatrechtlichen Vereinbarungen.*

*Die Meinungsbildung in der SP-Fraktion schwankte zwischen verpasster Chance, Unglaubwürdigkeit, Misstrauen, Vertrauen in ein Traditionsunternehmen und Angefangenes fertig machen (damit ist der Zellwegerpark gemeint). Einigkeit bestand darin, dass wir erwarten, dass bei künftigen Planungen das Interesse der Stadt Uster und die Interessen der Allgemeinheit stärker berücksichtigt werden. Ebenso waren wir uns einig, dass das Traditionsunternehmen Lenzlinger Söhne AG seine Versprechen halten muss, und das Areal ganz im Sinne der Stadt und der Allgemeinheit entwickeln muss.*

*Aus der Vorlage haben wir unter dem Strich positiv und negative Schlussfolgerungen gezogen. Dies äussert sich darin, dass sowohl beim Rückweisungsantrag als dann auch bei der Vorlage insgesamt, ein Teil der Fraktion zustimmen wird, ein Teil ablehnen und ein Teil sich enthalten wird.*

*Balthasar Thalmann*

**Rolf Denzler** ergreift das Wort. Die Siedlungseinheit in Niederuster ist in einem Gesamtzusammenhang zu betrachten. Der Gemeinderat hat damals den Gestaltungsplan Zellweger-Areal einstimmig gutgeheissen. Weshalb gelten jetzt andere Standards für Lenzlinger? Das Interesse von Uster sollte es sein, eine Firma wie Lenzlinger in Uster zu behalten und zwar mit der Umsiedlungsmöglichkeit nach Nänikon. Das ist Wirtschaftsförderung. Seine Fraktion unterstützt den Antrag. Den Rückweisungsantrag unterstützen sie nicht.

### **Ursula Räuftlin**

*Sehr geehrte Präsidentin,  
geschätzte Ratskolleginnen und Ratskollegen  
geschätzte Anwesende*

*Wie schon beim Gestaltungsplan Haufland nahm auch bei der Beurteilung des Gestaltungsplanes Lenzlinger die Frage, welche Bedingungen die Stadt Uster für Industrie und Gewerbe bietet, in der Diskussion in der Kommission aber auch in der Fraktion grossen Raum ein. Während beim Gestaltungsplan Haufland auf dem bestehenden Areal das Weiterbestehen des Betriebs gesichert werden sollte, ist beim Lenzlinger Areal der Wegzug nach Nänikon beschlossen und der bestehende Standort soll etwas überspitzt gesagt „vergoldet“ werden.*

*In der Diskussion in unserer Fraktion haben wir deshalb unsere Rolle hinterfragt: Als Legislative sollen wir dafür den Zonenplan verändern und nehmen damit Eingriff in das Entwicklungspotenzial Usters zulasten von Arbeit und zugunsten von Wohnen. Damit unterstützen wir ein alteingessenes Unternehmen, aber verbauen zugleich anderen Unternehmern Entwicklungsraum - eine Zwickmühle...*

*Aus der Sicht unserer Fraktion ist es zwar sehr verständlich, dass das Lenzlinger-Areal an so einem zentralen Standort in Uster nicht weiter als Industriezone genutzt werden soll. Insbesondere die Nähe zum Schulhaus und dadurch die Gefährdung der Schüler sprechen gegen eine Industriezone. Andererseits sollte auf dieser Fläche, um weiterhin für Gewerbe nutzbar zu sein, eine verbindliche Vorgabe für einen minimalen Anteil an Nutzflächen für Gewerbe oder Dienstleistungen vorgeschrieben werden. Die offene Formulierung im Artikel 4 lässt zu unseren grossen Missfallen eine reine Wohnnutzung zu. Und eine reine Wohnnutzung ist so ziemlich das Letzte, was unserer Ansicht nach Uster zurzeit braucht. Uster ist schon heute viel zu sehr Wohnstadt oder gar Schlafstadt, aber viel zu wenig eine Arbeitsstadt. Was wir brauchen sind Arbeitsplätze, nicht noch mehr reine Wohnsiedlungen mit gehobenem Ausbaustandard.*

*Was auch gar nicht unseren Vorstellungen entspricht, sind die Bestimmungen zur Energieversorgung. Dass überhaupt noch eine Versorgung mit NICHT erneuerbaren Energien zulässig sein soll, ist einer Möchte-Gerne-Gold-Energiestadt einfach nicht würdig.*

*Dass eine so offene Formulierung für die Nutzung und eine so zahme Formulierung für die Energievorschriften die Vorprüfung beim Kanton und die verwaltungsinternen Vernehmlassungen passieren kann, lässt uns doch sehr an den Entscheidungsträgern in diesen Amtsstellen zweifeln. Offenbar müssen auch diese Aufgaben zukünftig vermehrt durch engagierte Bürger und Parlamentarier in der öffentlichen Auflage durch Einwendungen wahrgenommen werden.*

*Gemäss Aussagen von Annette Lenzlinger und Oliver Hagen in unserer Fraktionssitzung soll das Gebiet vorläufig noch nicht überbaut werden und kann als gewerbliche Zwischennutzung dienen. Zudem wurde gesagt, dass kein vernünftiger Planer an dieser Lage in den Erdgeschossen oder sogar im ganzen Baukörper zur Seestrasse hin Wohnraum planen würde. Es werde also sicher eine Mischung mit Gewerbe / Dienstleistung entstehen.*

*Unser Vertrauen in die in der Stadt Uster in Raumplanungsbelangen zuständigen Personen in Verwaltung und Exekutive ist mittlerweile verloren gegangen. Wir erwarten deshalb vom Stadtrat zukünftig ganz klar, dass er uns zwingend in einem viel früheren Planungsstadium einbeziehen muss, da uns zu diesem späten Zeitpunkt nur noch die Genehmigung oder die Ablehnung des gesamten Gestaltungsplanes zugestanden wird. Hier jetzt einen privaten Investor mit der Ablehnung des Antrages abzustrafen, weil die Stadt Ihre Aufgaben nicht macht, scheint der Mehrheit unserer Fraktion nach einer langen Abwägung aller Pros und Kontras nicht gerechtfertigt.*

*Die GLP-EVP-CVP-Fraktion lehnt deshalb den Rückweisungsantrag der Kommission ab und stimmt dem vorliegenden Antrag zähneknirschend mit den vorgebrachten Vorbehalten zu. Wir hoffen darauf, dass die Eigentümerin das Areal wie versprochen einer nachhaltigen Umnutzung unterzieht und sich dabei auch Ihrer Verantwortung gegenüber der Stadt und ihrer Aussagen uns gegenüber bewusst ist.*

*Ursula Räuftlin  
Gemeinderätin Grünliberale*

### **Rudolf Locher**

*Die Firma Lenzlinger Uster feierte ihr 150 Jahre Jubiläum. Was wir hier tun, ist ein wahrer Showdown gegenüber einer Firma, welche über 300 Mitarbeiter beschäftigt, welche Steuern bezahlt, welche sehr viele Lehrlinge ausbildet, sich in Uster immer am Geschehen beteiligt, bei Vereinen, im Gewerbe, bei Jung und Alt. Auch weniger ausgebildete Menschen beschäftigt, die Energie seit 1980 mit einer millionenteuren, selber bezahlten Turbine erzeugt und die Gebäude mit Altholz.*

*Jetzt verlangen linke und grüne Politiker Genossenschaftswohnungen, günstige Räumlichkeiten für das Gewerbe, sowie hohen Nutzen für die Öffentlichkeit. Vor einem Monat haben die gleichen Parlamentarier beim Gestaltungsplan „Tius“ in Riedikon die firmeneigenen Mitarbeiterwohnungen als „Bevorzugung“ und „Begünstigung“ von lokalen Gewerbebetrieben kritisiert. Ein Widerspruch per se.*

*Wir stellen die Frage an die Lenzlinger-Gegner, ob sie wirklich der Sache wegen oder der kommenden Wahlen wegen diese Ustermer Firma derart kompromittieren. Sie wollen per Rückweisungsantrag über Land, welches gar nicht Ihnen gehört, und auch nicht der Stadt Uster, verfügen. Sie sprechen von Produktionsräumen für die „Uster Technologies“, obwohl diese Firma ja in China produziert. Solche Ideen sind nur in einer Planwirtschaft möglich, und diese ist nicht in der Schweiz.*

*Aber es hat eine alte Deseisenbahn dorthin, dort ist es auch schön, aber bitte ohne Rückfahrkarte.*

*Die Lenzlinger's sind sicher sehr überrascht, dass der vorliegende Gestaltungsplan auf solche massive und entmutigende Kritik hätte stösst.*

*Seit 6 Jahren wird die Weiternutzung des Areal geplant, zwecks Umzug nach Nänikon.*

*Die Vernehmlassungsphase wurde von der Politik nicht genutzt. Wie vereinbaren die Gegner den Rückweisungsantrag mit der „Planungssicherheiten für Investoren“.*

*Der Wegzug von Mägerle wird als „mühsames Gejammer“ betitelt.*

*Übrigens ist meine Firma, von 1933 bis 2002, nach 60 Jahre in Nänikon,*

*in eine andere Gemeinde weggezogen, aus denselben Gründen, Uster hat nicht gewollt.*

*Wir wären nicht erstaunt, wenn die SP zusammen mit den Grünen nächstens für die Planung des Zentrums und für den Stadthofsaal, eine neues öffentliches Planungsgremium, mit sofortiger Planungsstopp-Vorlage, beantragen.*

*Was Sie vorführen, ist ein planerisches Chaos, das jeden Investor vor einer Geld-Investition in Uster abschreckt.*

*Es gibt noch andere Städte, wo im Zentrum Rendite-Bauten erstellt werden können.*

*Unsere Pensionskassengelder müssen nicht unbedingt in Uster investiert werden.*

*Aber dies interessiert Sie ja gar nicht oder sie können oder wollen es nicht verstehen.*

*Dort, wo heute viele billig einkaufen, im nahen EURO Raum, kann auch unsere Industrie hingegen.*

*Das haben sie sicher vergessen oder nicht gewusst.*

*Als einer der wenigen echten Unternehmer, weiss ich, was es heisst, Unternehmer zu sein; Risiko und Verantwortung selber zu tragen und die Zukunft zu sichern.*

*Davon ist der Rückweisungsantrag weit entfernt.*

*Die FDP/JFU Fraktion lehnt den Rückweisungsantrag ab und stimmt dem vorliegenden Gestaltungsplan klar zu.*

*Rudolf Locher*

## **Patricio Frei**

*Sehr geehrter Herr Präsident*

*Liebe Kolleginnen und Kollegen*

*Geschätzte Anwesende*

*Mit dem Gestaltungsplan Lenzlinger-Areal macht der Stadtrat deutlich, dass er den Slogan unserer Stadt etwas zu wörtlich nimmt: Wohnstadt am Wasser muss ja nicht zwangsläufig bedeuten, dass in Uster nur noch gewohnt wird. Da genau liegt aber das Hauptproblem dieser Vorlage.*

*Einst war Uster ein wichtiger Industriestandort. Das war zu jener Zeit, als man den Aabach als Millionenbach bezeichnete. Seit Zellweger und Mägerle in Uster ihre Werktoere geschlossen haben, werden statt Maschinen vor allem noch Wohnungen gebaut. Etwas zu einseitig, finden wir Grünen.*

*Immer mehr Industrieland in Uster wird zu Wohngebiet umgezont. Weil dafür die Nachfrage grösser sei. Für eine gesunde, kräftige Stadt muss Uster aber auch über eine ausreichende Anzahl an Arbeitsplätzen in möglichst allen Sektoren verfügen. Aus umweltschützerischen Überlegungen macht es wenig Sinn, wenn die Menschen in Uster nur noch Wohnraum finden und zur Arbeit täglich weite Strecken pendeln müssen.*

*Wir Grünen befürchten, dass der Stadtrat den Industriestandort Uster aufgegeben hat. Wir vermissen bei seinem Vorgehen das Visionäre. Dies zeigt sich einmal mehr beim Gestaltungsplan Lenzlinger-Areal. Deshalb unterstützen wir Grünen grundsätzlich den vorliegenden*

*Rückweisungsantrag. Das Dilemma: Weshalb sollen Private wie die Firma Lenzlinger Söhne AG büssen, wenn der Stadtrat seine Hausaufgaben nicht erledigt hat?*

*Wir Grünen orten noch eine weitere Problemzone: In Sachen Energie-Nutzung enthält der Gestaltungsplan für das Lenzlinger-Areal zwar gute Ansätze. Aber wir hätten uns ein noch klareres Bekenntnis zu hoher Wärmedämmung und erneuerbaren Energien gewünscht. Da ist mehr möglich!*

*In der Endabrechnung bleibt für uns Grüne bei dieser Vorlage ein mehrfaches Unbehagen. Diesem verleihen wir Ausdruck, indem wir den Rückweisungsantrag unterstützen oder uns der Stimme enthalten. Der Gestaltungsplan erhält von uns keinen Support: Wir werden dagegen stimmen oder uns der Stimme enthalten – in der Hoffnung, dass der Stadtrat den Wink mit dem Zaunpfahl richtig deutet.*

*Patricio Frei  
Fraktionspräsident Grüne*

### **Marianne Siegrist**

*Sehr geehrte Gemeinderatspräsidentin  
Geschätzte Anwesende*

*Sind wir nun auch in Uster soweit, dass die Politik die Arroganz hat, einer Firma vorzuschreiben, wo sie expandieren soll und wie sie ihre Produktionsabläufe gestalten soll?*

*Schon seit Jahrzehnten entwickelt sich die Wirtschaft der Schweiz immer mehr zu einer Dienstleistungsgesellschaft – der Dienstleistungssektor steigt stetig an, der Industriesektor nimmt ab. Dies ist nun einmal eine Tatsache, die wir akzeptieren müssen. Und da gibt es doch wirklich Parlamentarier, die glauben, in Uster können wir das Rad zurückdrehen. Und Industriebetrieben vorschreiben, zukünftig in Wohnzonen zu produzieren. Nicht die Firma soll entscheiden, wie und wohin sie expandieren soll, sondern die Politik. Dies ist geradezu grotesk und erinnert an kommunistische Gesellschaftssysteme und nicht an politische Vorgehensweisen in einem demokratischen Rechtsstaat. Zudem hat die Firma Lenzlinger zum Ziel, ihre Produktion in Nänikon zusammenzufassen. Hat es wohl Leute hier, die vergessen haben, dass Nänikon auch zu Uster gehört?*

*Das Parlament hat 2008 entschieden, das Zellwegerareal umzuzonen, weil man zur Überzeugung gelangt ist, es sei nicht zukunftsgerichtet, Industriebetriebe an schönster Lage mitten im Zentrum zu halten. Wohnen und Dienstleistungsbetriebe sollen an dieser Lage Platz erhalten.*

*Ich weiss, es sind nur ein paar Einzelne von uns, die diesen Entscheid mitgetragen haben. Umso mehr appelliere ich an die Vernunft dieses Parlaments, den vorliegenden Gestaltungsplan Lenzlinger-Areal zu unterstützen und den eingeschlagenen Weg fortzusetzen – Produktionsbetriebe in Nänikon, Wohnen und Dienstleistungsbetriebe am Wasser, in Niederuster.*

*Marianne Siegrist, Gemeinderätin FDP  
14. April 2013*

**Werner Kessler** ergreift das Wort und führt aus, dass die Tankstelle von allen vermisst werden wird, da diese ein gesellschaftlicher Treffpunkt ist.

**Stadtrat Thomas Kübler** führt aus, dass die Energieversorgung wie folgt aussieht: Da es sich um Prioritätsgebiet handelt, wird das Areal von der ARA gespiesen, der Stadtrat hat sehr wohl seine Hausaufgaben gemacht. Zur Geschichte dieses Areals: Ursprünglich wollte man das ganze Geviert umnutzen, Lenzlingers sind aber noch nicht parat gewesen. Die Bedenken betreffend Zufahrt der 40-Töner wurden aber immer stärker und eine hochwertige Nutzung ist mit einem Industriebetrieb

nicht mehr vereinbar. Man hat sich die heutige FUAG als Vorbild genommen. Damals war der Gestaltungsplan angedacht und jetzt wird er umgesetzt. Leider hat sich die politische Haltung dazu in den letzten Jahren umgedreht. Aber ein Gebiet zu entwickeln geht immer über zwei Legislaturen. Es geht darum, ein ortsansässiger Betrieb zu erhalten; v.a. am Standort Uster. Die Umnutzung des ehemaligen Industriegebietes geschieht mit guten Architekten. Der Grünkorridor von Ost nach West wird durchgängig.

Keine weiteren Wortmeldungen mehr erwünscht.

#### **Abstimmung über den Rückweisungsantrag aus der KP:**

**Der Gemeinderat beschliesst**

**mit 4 : 25 Stimmen**

**den Rückweisungsantrag abzulehnen.**

#### **Schlussabstimmung:**

**Der Gemeinderat beschliesst**

**mit 26 : 3 Stimmen**

- 1. Der private Gestaltungsplan «Lenzlinger-Areal», Niederuster, bestehend aus**
  - **Vorschriften zum Gestaltungsplan mit Art. 1–22, vom 10. November 2012**
  - **Gestaltungsplan, Situation 1:500, vom 10. November 2012****wird festgesetzt.**
- 2. Vom Planungsbericht gemäss Art. 47 der Raumplanungsverordnung (RPV) samt Bericht zu den Einwendungen vom 10. November 2012 wird zustimmend Kenntnis genommen.**
- 3. Der kommunale Siedlungsplan vom 7. April 1984 wird im Bereich des Gestaltungsplanperimeters den neuen Gegebenheiten angepasst und gemäss Situationsplan 1:10'000 vom November 2012 als Zentrumsgebiet bezeichnet.**
- 4. Der Zonenplan 1998 wird im Bereich des Gestaltungsplanperimeters den neuen Gegebenheiten angepasst und gemäss Situationsplan 1:10'000 vom November 2012 der Zentrumszone Z3, Lärmempfindlichkeitsstufe III, zugewiesen.**
- 5. Mitteilung an den Stadtrat zum Vollzug.**

**8 Motion 571 von Ivo Koller, Lucia Thaler, Seyhan Kâhya, Ursula Räuftlin, Walter Meier und Wolfgang Harder betreffend «Einführung Jugendmotion»**

Aufgrund der fortgeschrittenen Zeit wird das Traktandum auf die nächste Sitzung vertagt.

**9 Einzelinitiative von Thomas Eschler betreffend «Unterstellung der Stadt Uster dem kantonalen Ombudsmann»**

Aufgrund der fortgeschrittenen Zeit wird das Traktandum auf die nächste Sitzung vertagt.

Die nächste Sitzung des Gemeinderates findet am 27. Mai 2013 statt.

Schluss der Sitzung 21.00 Uhr

Für das Protokoll Die Parlamentssekretärin  
Catherine Wenzel

Die Richtigkeit und Vollständigkeit  
des Protokolls bezeugen

Datum Die Präsidentin  
Gabriela Seiler

Datum Die Stimmenzähler

Marianne Siegrist

Claudia Wyssen

Bruno Modolo